

Reformhaus Deutschland

Unbekümmert fabulieren die Piraten, es gäbe sie nicht, debatierten alle Parteien so transparent wie sie selbst. Sogar Mitschnitte politischer Gespräche wollen sie ins Netz stellen. Inzwischen gehört eben nicht nur alles auf den Tisch, sondern gleich auf den Server - Transparenz statt Programm. Das Programm ist nur situativ entlang der gerade „gehypten“ Fakten zu sortieren: Damit sind die Piraten zweifellos keine Antithese zum herkömmlichen Politikbetrieb, sondern seine fröhlich juvenile Avantgarde. Politik pfeift zunehmend auf antiquierte Programmbindungen oder gar Kontextorientierung. Wer der wechselnden öffentlichen Erregung nach eine argumentative Kompetenzanmutung erzeugen kann, hat ein gewisses politisches Momentum für sich: Atomkraft, Wehrpflicht, Transaktionssteuer, Kopfprämie, Hauptschule, die Flugrouten sind flexibel. Wie hoch dabei Fliehkraft und Verschleiß werden können, beweist gerade die F.D.P. – denn sie wissen nicht, was sie tun. In der griechischen Tragödie überlässt das Röslerle erst Wolfgang Schäuble lange Zeit völlig das Feld, reitet dann beherzt in das Insolvenzthema und vergeigt so auch noch die Berlin-Wahlen, rettet sich aber selbst tagschnell ins neue Wording einer „Resolvenz“, stellt schnell noch (nicht im Bademantel und offenbar ohne Rücktrittsabsicht) seine niedersächsische Biographie vor und lässt sich postwendend in Athen als teutonische Spendierhose feiern. Seither spricht er auch öffentlich eher wie ein Automat.

Zweifellos wäre das Schicksal mit Rösler bei Verbleib im Gesundheitsministerium gnädiger umgegangen. Das von ihm punktierte Versorgergesetz fasst das zusammen, was Ärzte in Deutschland freundlich stimmt. Das ist beileibe nicht nur „Geld“ – der Berufsstand schätzt auch, nicht länger frustriert mit Einsparrhetorik drangsaliert zu werden und dass sich mal jemand um seine Befindlichkeit kümmert. Daraus lässt sich ein politisches Schaum-Dessert backen, das beim ersten Luftzug – bar jeder Reformschubstanz – lautlos zusammensinkt. Gerade so wird es dem Versorgungsstrukturgesetz von Minister Bahr in diesem Herbst ergehen. Die frühe Offerte von Ärzteschef Köhler zu einer sektorübergreifenden Bedarfsplanung wurde ausgeschlagen und eine langfristig geplante Honorar-

reform erst gar nicht angegangen. Bei der verbesserten Sicherstellung auf dem Lande konnte so nur Voluntaristisches herauskommen. Ohne die Kassenärztlichen Vereinigungen auf den Abbau von Sitzen in überversorgten Gebieten zu verpflichten, bleiben nun nur Luftbuchungen. Und die Spezialärztliche Versorgung, die auch versorgungspolitisch Chancen geboten hätte, wurde gleich so ängstlich amputiert geplant, dass erst die Länderkammer einstimmig den Einbezug in den Bedarfsplanung und das Vertragssystem der Krankenversicherung reklamieren musste. Fürwahr, ein Armutszeugnis für die Berliner Gesundheitspolitik.

Statt nun wenigstens die Pflegereform schlüssig anzugehen und dort angesichts der neuerlichen Bankenkrise mit dem Abrücken von Kapitaldeckungsmythen Beweglichkeit im eingangs skizzierten Sinne zu zeigen, schiebt der Gesundheitsminister dem Parlament „Formulierungshilfen“ aus der Spaßfraktion der ärztlichen Vertragswerkstatt hinterher. Das Reformhaus der Koalition bastelt an der versorgungspolitischen Selbstentzündung der Vertragsärzteschaft. Deren Titelei steht bald zur Disposition, weil sie „Verträge“ gar nicht mehr braucht. Nicht nur, dass die komplette Mittelverwendung bzw. Honorarverteilung dem Vertragsprinzip entzogen werden soll: Nun sollen die ärztlichen Behörden auch Arztnetze autonom akkreditieren und autonom mit Budgets ausstatten können. Die gesetzliche Balance zwischen Leistungspflichten der Krankenkassen und ihren Vertragsrechten sowie den damit verbundenen Rechten ihrer Versicherten gegenüber den Ärzten wird erst gar nicht mehr gesucht. Von der „freiwilligen Teilnahme“ der Versicherten an neuen Versorgungsformen ist nicht einmal mehr die Rede: Ebenso soll ein Modellversuch der Ärzte und Apotheker notfalls gegen die Krankenkassen erzwungen werden. Auch hier plant der Minister keine Grundlage, die eine freiwillige Teilnahme der Versicherten vorsehen. Wie viele Beamte haben sich im Gesundheitsministerium bereits in die Liberalschutzkeller zurückgezogen und/oder streben finster entschlossen dem Vorruhestand zu? Wer misst dann noch die vorgeschlagenen Bestimmungen an dem entwickelten Rechtssystem, an ihren fiskalischen Wirkungen oder gar an der versorgungspolitischen Konsequenz? Inzwischen müssen Innovationen bei den Arzneimitteln ihren Mehrnutzen vor paritätischen Gremien belegen, während Medizinprodukte im Kontext neuer Behandlungsmethoden im Krankenhaus einen Freifahrtschein des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) erhalten sollen. Im Reformhaus Deutschland gerät unter Politikern der Missfelder-Generation G-BA-Bashing zur Ersatz für politische Substanz. Kurzum und ohne jedes Hurra: Die Piraten sind schon da.

Die Herausgeber